

# ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

## BERLIN AKTUELL

### Liebe Freunde,

als wir damals in die Opposition gegangen sind, dachte ich zu nächst, dass es damit ein wenig ruhiger als zu Regierungszeiten werden würde. Das war natürlich ein Trugschluss und gerade in letzter Zeit hat sich dieses Blatt komplett gewendet. Immer mehr Unternehmen, Verbände sowie Bürger scheinen mittlerweile jegliche Illusionen über die Ampel-Regierung verloren zu haben und bitten vermehrt um Gesprüche. Die Ampel scheint mehr und mehr den Kopf einzuziehen, als Probleme offene anzugehen. So hatte ich bereits letzte Woche über die Herausforderungen am LNG-Standort Wilhelmshaven berichtet. Die setzt sich fort und die Ampel vermeidet jeglichen Diskurs.

Der Besuch der Familie Mattfeldt aus Schwanewede war hingegen ein persönliches Highlight: So viele Mattfeldts wie an die-

sem Tag, wenn auch nicht verwandt mit mir, gab es noch nie im Deutschen Bundestag. Sehr interessant war auch der kürzlich erfolgte Besuch im Verdener Werk der Firma Mars.

Mehr Informationen zu diesen und weiteren Themen in den jeweiligen Rubriken.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Andreas Mattfeldt

## FOTOS DER WOCHE



Ralph Ebben (Vorstandsmitglied IG Messewesens), Andreas Mattfeldt, Julia Klöckner, Dr. Stefan Terkatz (1. Vorsitzender IG Messewesens)

### Coronahilfen - Wirtschaft braucht endlich Klarheit

Für viele Menschen ist Corona fast Geschichte. Zwei Jahre nach dem „erklärten Ende“ der Pandemie stehen zahlreiche deutsche Unternehmen noch immer vor der Herausforderung, die wirtschaftlichen Folgen zu bewältigen. Allgemein bekannte Lieferengpässe sind nur ein Teil der Folgen. Schwerwiegender sind die finanziellen Herausforderungen. Zum 30.09.2024 wird die Frist für die Schlussabrechnung der Coronahilfen enden. Bis dahin müssen alle Unternehmen ihre Unterlagen eingereicht haben.

Die IG Messewesens, vertreten durch Dr. Stefan Terkatz und den Messebauer Ralph Ebben, haben jetzt ihren Bericht für die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie für die Messewirtschaft vorgestellt. Dies habe ich zum Anlass genommen, die IG Messewesens und Julia Klöckner, Vorsitzender der AG Wirtschaft von CDU/CSU, in mein Büro einzuladen und über die Folgen für die Unternehmen zu sprechen. Dabei handelte es sich nicht um einen sog. Lobby-Termin. Dies Messebauer sind die fleißigen Malocher – Tischler, Techniker oder Möbelpacker, die diese großartigen Messeveranstaltungen von Weltrang erst möglich machen. Das größte Anliegen aus der Branche ist, bei der Schlussabrechnung schnell Klarheit zu schaffen, damit die Unternehmen finanziell planen können. Ansonsten werde weniger investiert.

Ich bleibe am Thema dran!



Andreas Mattfeldt mit dem Hauptgeschäftsführer des ADV Ralph Beisel

### Gespräch zu Situation und Zukunft des Flugverkehrs

Am gestrigen Donnerstag habe ich den Hauptgeschäftsführer des deutschen Flughafenverbandes (ADV) Ralph Beisel in meinem Büro begrüßt. Durch zunächst Corona-Restriktionen, Streiks und mittlerweile ungünstigere Bedingungen im europäischen Wettbewerb haben auch die deutschen Flughäfen schwere Zeiten vor sich – und damit auch alle Fluggäste, wenn es weniger Direktflüge von Deutschland aus gibt. So hat die aktuelle Bundesregierung die Standortkosten deutlich erhöht, sodass etwa für ein typisches Mittelstreckenflugzeug vom Typ A 320 die staatlichen Abgaben hierzulande pro Flug mit bis zu 4000 Euro drei- bis viermal so hoch sind wie in Paris oder Madrid. Hinzu kommt, dass die Bundesregierung von fünf Bundesprogrammen zur Transformation des Flugverkehrs nur drei abwickelt und ansonsten deutliche Kürzungen ansetzt. Wie damit das Ziel der Bundesregierung einer klimaneutralen Flugbranche erreicht werden soll, bleibt damit ein Rätsel.

## THEMEN DER WOCHE

### LNG-Import über FSRU: Biozideintragung an der deutschen Nordseeküste. Habecks Ministerium handelt nicht

Bereits zum zweiten Mal in Folge hat die Ampel-Koalition den Tagesordnungspunkt zum Thema LNG von der Tagesordnung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages streichen lassen. Dabei geht es auch um die ungefilterte Einleitung von Bioziden in die Nordsee.

Das Thema LNG kommt damit nicht zur Ruhe. Stehen bis heute vor allem mögliche teure Überkapazitäten bei der LNG-Importinfrastruktur sowie eine fehlgeschlagene Kommunikation und Planung rund um den Standort Mukran, so gesellt sich mittlerweile eine dritte Herausforderung hinzu. Die vom Bund gecharterte und bereits seit 15. Januar 2023 in Betrieb befindliche FSRU „Esperanza“ leitet unvermittelt und ungefiltert Chlor-Biozide in die Nordsee.

Für die ebenfalls vom Bund gecharterte und durch Tree Energy Solutions (TES) betriebene „Excelsior“ hat TES bereits von Anfang an ein umweltfreundliches Ultraschallverfahren zur Reinigung vorgesehen, sodass sie nach ihrer Inbetriebnahme keine Biozide in die Umwelt entlässt. Der Haushaltsausschuss hatte das zuständige Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bereits am 29. März 2023 per Beschluss aufgefordert, die Biozid-Eintragung am Standort Wilhelmshaven I durch eine Umrüstung der betreffenden FSRU zu unterbinden, so wie es auch für den Standort Wilhelmshaven II vorgesehen ist. Dies ist bis heute nicht geschehen. Es ist für mich unverständlich, dass das Bundesministerium Robert Habeck geleitete Ministerium einen parlamentarischen Beschluss zum Schutz unserer Umwelt nicht umsetzt. Dies ist umso problematischer, da die „Esperanza“ die einzige FSRU ist, dass nicht durch ein landseitiges Terminal ersetzt werden soll und somit die vollen 10 Jahre Charterdauer in Betrieb sein wird. Die FSRU liegt zudem in direkter Reichweite des Hooksider Strandes. Damit sind nicht nur die Anwohner selbst, sondern auch die zahlreichen Touristen der Einleitung von Bioziden ausgesetzt. Zudem ist zu befürchten, dass das sensible Ökosystem des Wattenmeeres nachhaltig gestört wird. Eine Investition wäre damit gerade hier angezeigt. Daneben wird an dem Standort auch die Nutzung einer Landstromversorgung von der vom Ministerium gegründeten „Deutschen Energy Terminal GmbH“ (DET) mit dem Hinweisen verweigert, der bezogene deutsche Strom wäre nicht zu 100 Prozent grün. Derzeit wird die rund um die laufende FSRU über ihre Dieselmaschinen mit Strom versorgt. Dadurch kommt es zu deutlichen Auswirkungen auf die Luftqualität und Rußbelastung in der Umgebung. Auch hier scheint das (grüne) Industrie- und Klimaschutzministerium (BMWK) bisher keinen Anlass gefunden zu haben, eine Änderung herbeizuführen. Neben der Tatsache, dass das BMWK die Heizungspflicht für die Bürger zur Wärmepumpe gerade mit einem grüner werdenden Strommix begründet hat, ist es ironisch, dass dasselbe Ministerium auch die von mir damals eingeführte Bundesförderung für Landstromversorgung in deutschen Häfen dieses Jahr abwickelt.

Dieses und andere kritische Themen rund um die LNG-Infrastruktur waren bereits für die Haushaltsausschussitzung am 13. März 2024 vorgesehen und wurden abgesetzt. Die CDU/CSU-Fraktion hatte aufgrund der zahlreichen kritischen Aspekte die Anwesenheit von Minister Habeck gefordert. Die Ampel hat den Tagesordnungspunkt erneut abgesetzt und verhindert somit weiterhin Fragen an ihren zuständigen Minister und Aufklärung in dieser Angelegenheit.

### Unser Gesetzentwurf zur rechtssicheren Einführung einer Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz („Bezahlkartengesetz“)

Erst auf großen Druck von CDU und CSU erklärte sich der Bundeskanzler in der Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November 2023 dazu bereit, die Rechtsgrundlage für die bundesweite Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber zu schaffen. Mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bestand Einigkeit in der Zielsetzung, Barauszahlungen an Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) weiter einzuschränken. So sollen Anreize zur irregulären Migration nach Deutschland reduziert und auch der Verwaltungsaufwand bei den Kommunen minimiert werden. Hierzu sollen bundesweit Leistungen durch die Ausgabe von Bezahlkarten gewährt werden können. Notwendigen gesetzlichen Anpassungsbedarf im AsylbLG wollte die Bundesregierung zeitnah auf den Weg bringen. Bisher liegt kein geeinter Gesetzentwurf der Regierungskoalition vor, da die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen der eigenen Bundesregierung die Zustimmung verweigert. Diese neueste Episode im endlosen Streit der Bundesregierung sagt viel über die mangelnde Autorität des Bundeskanzlers in seiner eigenen Koalition.

Die Tatenlosigkeit der Regierung im Bereich der Migrationspolitik ist noch länger hinzunehmen. Dem Wunsch der Bundesländer folgend, legen wir nun einen eigenen Gesetzentwurf für eine rechtssichere Grundlage für die Einführung von Bezahlkarten vor. Angesichts des aktuellen Zustroms von Asylbewerbern, der die Kommunen überfordert und Deutschland an seine Belastungsgrenze bringt, ist es richtig, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz möglichst in Form von Sachleistungen oder mittels Bezahlkarte zu erbringen.

### Aktuelle Stunde: Antisemitismus in allen Erscheinungsformen aktiv bekämpfen – Keine falsche Nachsicht in Kultur, Bildung und Wissenschaft

Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist Antisemitismus an deutschen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie im Kunst- und Kulturbetrieb in erschreckender und alarmierender Weise zutage getreten. Jüdische Schüler, Lehrende, Studenten und Wissenschaftler erfahren noch häufiger als zuvor Anfeindungen und Angriffe. Antisemitische Vorfälle im Kulturbetrieb – etwa bei der documenta in Kassel oder jüngst bei der Preisverleihung der Berlinale in Berlin – bleiben in der eigenen „Szene“ zu oft unwiderrprochen.

Antisemitismus ist in Deutschland generell – zu jeder Zeit und an jedem Ort – inakzeptabel. Dies gilt damit selbstverständlich auch in Bildungseinrichtungen, an Hochschulen sowie im Kunst- und Kulturbereich. Es braucht eine breite gesellschaftliche und parteiübergreifende Reaktion auf die neuerlichen, unerträglichen Vorfälle von Antisemitismus. Mit einer „Aktuellen Stunde“ auf Antrag unserer Fraktion fordern wir die Bundesregierung zum Handeln auf. Hochschulgesetze müssen angepasst werden, damit die Möglichkeit der Exmatrikulation insbesondere bei antisemitischen Gewalttaten besteht. Das staatlich vergebene Label der „Exzellenz“ in Wissenschaft und Forschung dürfen aus unserer Sicht künftig nur solche Einrichtungen erhalten, die konsequent gegen Antisemitismus vorgehen. Wir erwarten, dass künftig keine Bundesmittel an Kulturprojekte oder Einrichtungen fließen, die Antisemitismus eine Bühne bieten. Wenn Förderungen bereits erfolgt sind, müssen diese zurückgefordert werden. Wir brauchen eine einheitliche, verbindliche Verpflichtungserklärung gegen Antisemitismus für alle bundesgeförderten Kultureinrichtungen. Antisemitismus darf in Deutschland im Allgemeinen und in Bildungseinrichtungen, in Kunst und Kultur im Besonderen keinen Platz haben.

### Unser Antrag: Gesetz zur Bekämpfung von Kindererhen unverzüglich nachbessern

sogenannte „Früehchen“, die im Ausland geschlossen wurden und bei denen mindestens eine Person unter 16 Jahre alt war, in Deutschland für unwirksam erklärt. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte grundsätzlich das Verbot solcher Ehen. Es besteht jedoch die Notwendigkeit, die Folgen unwirksamer Ehen zu regeln. Dies betrifft insbesondere Unterhaltsansprüche für die betroffenen Minderjährigen und die Möglichkeit, eine unwirksame Ehe mit Eintritt der Volljährigkeit – unter bestimmten Schutzmaßnahmen – zu bestätigen. Wenn der Gesetzgeber bis zum 30. Juni 2024 keine Neuregelung trifft, tritt die Regelung insgesamt außer Kraft – mit dem Ergebnis, dass im Ausland geschlossene Ehen mit unter 16-Jährigen wirksam werden. Es besteht deshalb dringender Handlungsbedarf auf Seiten der Bundesregierung, um das Verbot von Kindererhen aufrechtzuerhalten und den Schutz der betroffenen Kinder zu gewährleisten.

Mit unserem Antrag fordern wir klare und effektive Regelungen, um das Wohlergehen der betroffenen Kinder zu schützen und gravierende Nachteile beim Schutz von Minderjährigen zu verhindern. Kinderehen müssen in Deutschland auch weiterhin verboten bleiben. Die Bundesregierung muss jetzt tätig werden und schnellstmöglich einen Gesetzentwurf vorlegen, um die Rechte und das Wohlergehen der betroffenen Minderjährigen zu schützen. Eine Nachbesserung des Gesetzes zur Bekämpfung von Kindererhen ist unabdingbar, um schwerwiegende Folgen für das Kindeswohl und die Rechtslage in Deutschland zu vermeiden. Die Bundesregierung muss ihre Verantwortung für den Schutz von Kindern und Jugendlichen ernst nehmen.

### Deutschland aus der Baukrise führen – Jetzt wirksame Maßnahmen für bezahlbares Bauen und Wohnen ergreifen

Deutschland ist in einer echten Wohnungsbaubaukrise. Die Lage ist dramatisch: Die Baugenehmigungszahlen brechen flächendeckend ein, die Auftragsbücher der Unternehmen laufen leer und Projekte werden reinweise storniert. Einige Unternehmen mussten bereits Insolvenz anmelden, viele andere sind in eine bedenkliche finanzielle Schieflage geraten. Es gibt bereits Kurzarbeit und erste Entlassungen. Und dennoch: Angesichts der dramatischen Lage auf dem Wohnungsmarkt muss gegengesteuert werden. Dafür ist ein Dreiklang aus steuerlichen Maßnahmen, gezielter Förderung und der Senkung von Bau- und Baubenebenkosten nötig. Der Staat muss vom Kostentreiber des Wohnungsbaus zum Impulsgeber werden. So erhalten wir Baukapazitäten und schaffen Raum für bezahlbares Bauen und Wohnen. Der Bundeskanzler steht hier persönlich in der Verantwortung, denn er hat sich im Bundestagswahlkampf die Schaffung bezahlbaren Wohnraums auf die Fahnen geschrieben

### Bestandsregulierung der Saatkrähe ermöglichen – Belastung für Anwohner verringern – Landwirtschaftliche Aussaat sichern

In abschließender Beratung sind wir uns in dieser Woche zudem mit unserem Antrag Bestandsregulierung der Saatkrähe ermöglichen – Belastung für Anwohner verringern – Landwirtschaftliche Aussaat sichern befasst. Mit unserem Antrag fordern wir effektive Lösungen für die Probleme, die durch die stark wachsende Population der Saatkrähe in Deutschland verursacht werden. Wir fordern eine Herabstufung des Schutzstatus der Saatkrähe, um eine kontrollierte Bestandsregulierung zu ermöglichen und die Bejagung der Art zu erlauben. Dies soll anhand von Regelungen erfolgen, wie es sie bereits in Ländern wie Schweden, Frankreich und der Slowakei gibt. Zudem soll die Bundesregierungen einen Gesetzentwurf vorlegen, der Maßnahmen zur Verlagerung von Brutkolonien aus Wohngebieten und die Erleichterung der Entnahme umfasst. Die rapide Zunahme der Saatkrähen führt zu signifikanten Schäden in der Landwirtschaft und beeinträchtigt die Gesundheit sowie die Lebensqualität in städtischen Gebieten durch Verkotung öffentlicher Plätze. Wir wollen den Konflikt zwischen dem Schutz der Saatkrähen und den Interessen der Landwirtschaft und der Bevölkerung lösen.

## WAHLKREIS AKTUELL



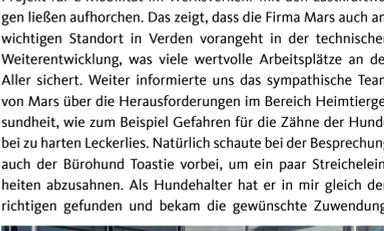
### Familie Mattfeldt zu Besuch in Berlin

Gleich elf Mattfeldts im Bundestag! Familie Mattfeldt aus Schwanewede besuchte mich mit allen drei Generationen im Deutschen Bundestag. Auf dem Bild stehen wir am Tunnel, der früher Reichstag und Reichstagspräsidentenpalais miteinander verbunden hat. So viel Mattfeldt gab es noch nie im Bundestag. Vielen Dank für den Besuch!



### Besuch bei Mars

In der werkfreien Zeit besuchte ich mit meinem Team kürzlich das Sitzungsraum Mars in Verden, um sich allgemein über den Wirtschaftsstandort Verden an der Aller und über die Industrie der Heimtiernahrung im Speziellen zu informieren. Die modernen Produktionsanlagen für die Lebensmittler der geliebten Vierbeiner waren sehr beeindruckend. Die hohe Produktivität und die strengen Hygienestandards, sowie ein schon laufendes Projekt für E-Mobilität im Werksverkehr mit den Lastkraftwagen ließen aufhorchen. Das zeigt, dass die Firma Mars auch am wichtigsten Standort in Verden vorangeht in der technischen Weiterentwicklung, was viele wertvolle Arbeitsplätze an der Aller sichert. Weiter informierte uns das sympathische Team von Mars über die Herausforderungen im Bereich Heimtiergesundheit, wie zum Beispiel Gefahren für die Zähne der Hunde bei zu harten Leckerlies. Natürlich schaute bei der Besprechung auch der Bürohund Toastie vorbei, um ein paar Streicheleinheiten abzusahnen. Als Hundehalter hat er in mir gleiche den richtigen gefunden und bekam die gewünschte Zuwendung.



Strenge Hygienestandards erforderten Schutzkleidung für uns als Besucher in der Produktion der Heimtiernahrung. Foto: Firma Mars

## TERMINE UND AUSBLICK IM BUND

- 19. März: Rat für allgemeine Angelegenheiten (Vorbereitung Europäischer Rat, Europäisches Semester, Zukunft der EU)
- 19. März: Ramstein-Treffen der Ukraine-Kontaktgruppe,
- 20. März: EU-KOM: Aktionsplan Fach- und Arbeitskräftemangel, Biotechnologie
- 20. März: Dreigliedriger Sozialgipfel (Präsidenten der EU-Organe und Vertreter der Sozialpartner)
- 20. März: BK Scholz eröffnet die Leipziger Buchmesse und

- spricht mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Rutte (Gastland)
- -20./21. März: Integrationsministerkonferenz
- 21./22. März: Europäischer Rat (Ukraine, Stärkung der Verteidigungsindustrie, Lage im Nahen Osten, Erweiterung, interne Reformen, 30 Jahre EWR, Austausch mit VN-Generalsekretär Guterres)
- 22. März: Euro-Gipfel (Wirtschaftsfrage, Kapitalmarktunion)